https://test.rtde.tech/inland/163618-basf-deutscher-chemiegigant-legt-wegen/ 23.2.2023

BASF: Deutscher Chemiegigant will wegen hoher Energiepreise weitere Produktionsanlagen stilllegen

Deutschlands größter Chemiekonzern plant weitere Betriebsstilllegungen in Ludwigshafen und Antwerpen. Die energieintensive Ammoniak-Produktion sei nicht mehr rentabel, heißt es. Auch 5.000 Arbeitsplätze sind betroffen – davon der größte Teil in der Zentrale in Ludwigshafen.

Die deutsche Industrie kämpft weiterhin mit der schweren Wirtschaftskrise. Das zeigt sich wie in einem Brennglas bei dem Chemiekonzern BASF aus Ludwigshafen. Neben den bereits im Herbst angekündigten "Einsparungen" von 500 Millionen Euro und 5.000 Arbeitsplätzen plant der Chemiegigant laut dem Handelsblatt nun weitere "Stilllegungen" bei den Produktionsanlagen selbst.

Dem Bericht zufolge wird der BASF-Vorstand bei der Bilanzpressekonferenz am 24. Februar die Stilllegung eines Teils seiner Ammoniak-Produktion in Ludwigshafen bekannt geben. ……

Als weiterer möglicher Kandidat für eine Abwicklung gilt zudem die problembehaftete BASF-Fabrik für das Kunststoff-Vorprodukt TDI. Die rund eine Milliarde Euro teure Anlage in Ludwigshafen wurde erst 2018 nach vielen Verzögerungen voll in Betrieb genommen. Sie kämpft seither laut Handelsblatt immer wieder mit weiteren technischen Problemen, die jede Menge Folgekosten verursachen. Da sich die Wettbewerbsfähigkeit aufgrund der hohen Energiekosten verschlechtert habe, so die Überlegung, könnte der Konzern die Anlage komplett aufgeben – was allerdings zusätzliche Wertberichtigungen in Milliardenhöhe erfordern würde.

Analysten betonen, dass sich der Konzern auch eine "gewisse Manövriermasse und Drohkulisse erhalten" will, damit er weiterhin Druck auf die Politik in Richtung einer günstigeren Energieversorgung ausüben

kann. Chemieexperte Markus Mayer von der Baader Bank betont in diesem Kontext:

"Man wird wohl abwarten, wie zum Beispiel die EU und die Bundesregierung auf den Inflation Reduction Act der US-Regierung reagieren werden."……

https://test.rtde.tech/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/
22.2.2023

Krisen- und Insolvenzticker: Supermärkte in Großbritannien rationieren Obst und Gemüse

Morrisons und Asda, die zu größten Supermarktketten Großbritanniens zählen, haben mit der Rationierung von Obst und Gemüse begonnen.

Bei der Kette Asda können Kunden nur noch drei Packungen Salat, Tomaten, Paprika, Gurken, Brokkoli, Blumenkohl und Himbeeren kaufen, bei Morrisons sind es zwei Stück. Dies gilt für Tomaten, Gurken, Salat und Paprika. Als Gründe gelten neben Ernteausfällen aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen in Nordafrika und Südeuropa auch eine Reihe von Problemen im eigenen Land.

Wie The Guardian berichtet, beziehe Großbritannien in dieser Jahreszeit üblicherweise etwa 80 Prozent der Salat- und Gemüseprodukte aus der südostspanischen Region um Murcia. Die derzeitigen ungünstigen Witterungsbedingungen mit niedrigen Temperaturen seien aber auch in anderen Bezugsländern wie Italien, Marokko, Tunesien und Ägypten aufgetreten. Zudem verzögern Stürme die Lieferungen aus Marokko.

Doch auch die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln bereitet den britischen Landwirten zunehmend Sorgen. Wie die Präsidentin der National Farmers Union, Minette Batters, am Dienstag auf einer Tagung sagte, sei die britische Eierproduktion auf den tiefsten Stand seit neun Jahren gefallen. Der Verband rechnet ebenso damit, dass die Produktion von Tomaten und Gurken auf den niedrigsten Stand seit dem Jahr 1985 fallen

wird. Vor allem die gestiegenen Energiekosten machen britischen Gewächshausbetreibern zu schaffen.

Zudem hatten 40 Prozent der Rinderzüchter und 36 Prozent der Schafhalter angegeben, in den kommenden zwölf Monaten ihre Betriebe verkleinern zu wollen. Als Grund für die Entwicklungen haben die Landwirte neben den in der Energiekrise gestiegenen Kosten auch den erschwerten Handel durch den Brexit, Personalmangel sowie den Klimawandel angegeben. ….

https://pleiteticker.de/ein-jahr-nach-beginn-des-ukraine-krieges-energiepreise-bleiben-hoch/ 23.2.2023

Ein Jahr nach Beginn des Ukraine-Krieges: Energiepreise bleiben hoch

Ein Jahr nach dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine zieht das statistische Bundesamt Kostenbilanz: Mittlerweile ist Gas 50 Prozent teurer als noch vor einem Jahr, Strom über 24 Prozent.

Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich Energie in Deutschland auf breiter Front verteuert. Die Einfuhr von Energie kostete mehr, die Verkaufspreise der Hersteller stiegen ebenso wie die Preise, die Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen müssen, wie aus am Donnerstag veröffentlichten Daten des Statistischen Bundesamtes hervorgeht.

Die Einfuhr von Gas kostete im Januar des laufenden Jahres 24,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, Mineralölerzeugnisse waren 14,6 Prozent teurer. Der Import von Strom verteuerte sich um 45,7 Prozent.

Die Erzeugerpreise für Energie, die die Verkaufspreise der Hersteller abbilden, waren trotz zuletzt rückläufiger Tendenz im Januar um 32,9 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Am deutlichsten fiel die Preissteigerung bei Erdgas (plus 50,7 Prozent) und Strom (27,3 Prozent) aus. Mineralölprodukte wie Heizöl oder Kraftstoffe kosteten im Januar 12,6 Prozent mehr. Eine Entspannung gibt es hingegen an der Tankstelle: Benzin und Diesel kostete zuletzt in etwa so viel wie kurz vor dem Angriff

Russlands auf die Ukraine, wie die Wiesbadener Behörde mit Blick auf Daten von Mitte Februar berichtete.

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 22.2.2023

Vollkasko-Krankenversicherung adé: Ökonom fordert 2.000 Euro Selbstbeteiligung für Kassenpatienten!

Gesetzlich Versicherte müssen zusätzlich zur Krankenversicherung mehr Leistungen selbst bezahlen – mit einer Selbstbeteiligung bis zu 2.000 Euro. Das fordert der Ökonom Bernd Raffelhüschen in einem Interview mit „Bild". Aktuell kämpfen die Krankenversicherungen mit einem klaffenden Loch von 17 Milliarden Euro (wir berichteten).

Raffelhüschen zufolge könne sich Deutschland das aktuelle System nicht mehr leisten. Patienten müssten künftig „mehr aus eigener Tasche dazu bezahlen". Allerdings solle es dafür einen Sozialausgleich geben. Geringverdiener etwa müssten über den Bundeshaushalt bezuschusst werden. Risikogruppen wie beispielsweise Skifahrer oder Raucher müssten versicherte Verletzungen oder Behandlungen komplett selbst zahlen, verlangt der Ökonom.

Andernfalls sehe er bis 2035 eine Steigerung des Krankenversicherungsbeitrags auf bis zu 22 Prozent. Aktuell liegt dieser bei rund 16 Prozent. 90 Prozent der Bevölkerung ist in Deutschland gesetzlich versichert.

Raffelhüschens Plan sieht folgendes vor: Patienten sollen nach dem Arztbesuch eine Rechnung erhalten, diese an die Krankenkasse weiterleiten, die dann „einen Großteil der Kosten" übernimmt. Die Eigenbeteiligung solle dann in mehreren Stufen gestaffelt sein, mit einer Deckelung von „1.500 bis 2.000 Euro pro Jahr", so Raffelhüschen.

Bernd Raffelhüschen hatte in den vergangenen Wochen bereits die Abschaffung der abschlagsfreien Rente mit 63, sowie einen Renteneintritt mit 69 Jahren gefordert (wir berichteten).

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 22.2.2023

„Planwirtschaftsminister" Robert Habeck: FDP poltert gegen weitere Milliarden-Förderungen für Solar- und Windkraftanlagen

Robert Habeck (Die Grünen) will neue Produktionskapazitäten für Solar- und Windkraftanlagen in Deutschland aufbauen. Dafür greift der Bundesklimaschutzminister erneut tief ins Staatssäckel. Geplant sind Investitionshilfen für den Bau neuer Fabriken für Solar- und Windkraftanlagen, Zuschüsse für deren Betrieb, finanzielle Absicherung für Windkraft-Projektierer und stärkere staatliche Förderung der Forschung im Bereich erneuerbarer Energien.

Was die staatlichen Programme kosten werden, hat Habeck noch nicht ausgerechnet. Und auch für den Bundeshaushalt sind bislang keine zusätzlichen Mittel eingeplant. Notwendig seien die Fördermaßnahmen, um sich aus der Abhängigkeit der diesen Bereich dominierenden chinesischen Firmen zu befreien, hieß es.

Weil der Vorstoß des grünen Klimaschutzministers nicht in der Ampel abgestimmt wurde, kracht es jetzt zwischen Habeck und Koalitionspartner FDP. Deren energiepolitischer Fraktionssprecher Michael Kruse nannte Habeck einen „Planwirtschaftsminister". Und weiter: „Immer neue Staatswirtschaftsfantasien aus seinem Ministerium gefährden den Aufbau eines leistungsfähigen Energiesystems der Zukunft." Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz schaffe „mit immer neuen planwirtschaftlichen Vorschlägen Unsicherheit für Investoren".

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 21.2.023

Bundesregierung will Migration regulieren: Deutschland sucht jetzt aktiv Fachkräfte in Afrika

Die Bundesregierung möchte die reguläre Migration aus Drittländern nach Deutschland neu gestalten und vereinfachen. Dies gaben Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) bekannt. Sie sind

derzeit auf Afrika-Tour und unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung mit dem ghanaischen Arbeitsminister. Diese Neuausrichtung in Sachen Migration soll dazu führen, dass ausländische Fachkräfte einfacher gewonnen werden können.

Teil der Vereinbarung ist der Ausbau des seit 2017 vorhandenen ghanaisch-deutschen Migrationsberatungszentrums. Es soll zu einem „Zentrum für Jobs, Migration und Entwicklung" werden. Das Zentrum in Accra ist Teil eines größeren Netzes an Zentren, welches das Bundesentwicklungsministerium plant. Vorgesehen sind weitere neun Zentren in Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien, Nigeria, Irak, Pakistan und Indonesien.

Bezuschusst werden die Zentren mit insgesamt 150 Millionen Euro. Schulze sieht im „Paradigmenwechsel" Vorteile: Richtig gesteuert, berge die Migration „enormes Potenzial" für die wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Länder. Als Beispiel führt Schulze die Demografien der Länder an: In Deutschland suche man „händeringend" nach Fachkräften und in Ghana stehe man vor der Herausforderung, Jobs für die junge, wachsende Bevölkerung zu schaffen.

Auch Heil zeigte sich erfreut: „Fachkräftesicherung ist Wohlstandssicherung für unser Land." Man müsse „alle Register im In- und Ausland ziehen, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen". Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz sei laut Heil „das modernste" in Europa. Ziel sei es, über reguläre Migrationswege aufzuklären und so auch die Nutzung der irregulären Migration einzudämmen.

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 20.2.2023

Skandal in Lörrach: Mieter fliegen aus ihren Wohnungen, weil ukrainische Flüchtlinge einziehen sollen

Die Städtische Wohnbaugesellschaft Lörrach wirft Ihre Mieter aus zwei Mehrfamilienhäusern, damit Flüchtlinge einziehen können. Ein entsprechendes Ankündigungsschreiben an die Bewohner der beiden

Wohnblöcke wurde jetzt von einer Sprecherin der Wohnungsbaugesellschaft gegenüber „Der Westen" bestätigt. Wörtlich hieß es: „Ja, der Sachverhalt ist richtig, wir werden unsere Wohnungen Flüchtlingen aus der Ukraine zur Verfügung stellen. Die bisherigen Mieter werden dann ausziehen müssen."

Die formellen Kündigungsschreiben sollen in Kürze folgen. Der Eigentümer der Wohnungen, die Stadt Lörrach, verweist auf die Verpflichtung zur Aufnahme des von der Bundesregierung zugeteilten Kontingentes an ukrainischen Flüchtlingen. Die genannten Wohnungen seien besonders für diesen Zweck geeignet, hieß es ohne eine weitere Erklärung.

Den jetzigen Mietern werden „alternative, geeignete" Wohnräume und Unterstützung beim Umzug zugesichert. Auf einer Mieterversammlung Ende des Monats sollen weitere Details bekannt gegeben werden.

https://www.focus.de/panorama/aufgeheizte-stimmung-lage-in-loerrach-spitzt-sich-zu-drohungen-polizei-abgesagtes-mieter-treffen_id_186524904.html 22.2.2023

Drohungen, Polizei, abgesagtes Mieter-Treffen - Lage in Lörrach spitzt sich zu

Plötzlich ist Lörrach Schauplatz einer bundesweiten Debatte: Mit den Reaktionen auf die Informationsschreiben zu bevorstehenden Kündigungen zeigen sich der Oberbürgermeister Lutz und Wohnbau-Geschäftsführer Nostadt überrascht wie schockiert. Doch an den Plänen halten sie fest.

Erst der Schock bei den Mietern, jetzt liegt er bei der Lörracher Stadtverwaltung und der Wohnbaugesellschaft. Infolge des Informationsschreibens an die Bewohner der Wölblinstraße 21-29, in dem eine Kündigung und die Umnutzung als Unterkunft für Geflüchtete, angekündigt wurde, erleben Verwaltung und Unternehmen mehr als nur Gegenwind.

Beleidigungen, Drohungen und Polizei am Rathaus

Oberbürgermeister Jörg Lutz und Wohnbau-Geschäftsführer Thomas Nostadt sprechen einhellig von einer nicht auszuhaltenden Situation. Anrufe, E-Mails und mittlerweile sogar Briefe mit Hass und Drohungen, teils strafrechtlich relevant, kämen in den Häusern an. Am Rathaus ist sogar die Polizei präsent. „Die Frage ist, wie gehen wir in diesem Land miteinander um", sagt Lutz. Solche Überreaktionen könnten nur nachdenklich über die Verfasstheit der Gesellschaft stimmen.

Während Lutz und Nostadt das Vorgehen als erprobte Routine darstellen, sehen sie das öffentliche Stimmungsbild als verändert an. Auch der Ton in einigen Medien trage dazu bei. Schließlich habe ein ähnliches Umsiedlungsprojekt 2014 kaum Beachtung gefunden und sei reibungslos verlaufen. „Wir bedauern, dass das Schreiben in den sozialen Medien so aus jedem Zusammenhang gerissen wurde", sieht Nostadt bis auf eine unglückliche Wortwahl kein Versäumnis in seinem Unternehmen. Später entschuldigt er sich für das „Durcheinander", auch wenn er die Verantwortung dafür offenbar bei anderen sieht.

Lörrach als Stellvertreter

Der Oberbürgermeister wähnt Lörrach daher als „stellvertretend im Brennglas" für das größere Thema und unterstreicht: „Die Debatte, wie Zuwanderung aussehen soll, ist notwendig." Grüße sendet er auch nach Berlin, der Bund müsse Kommunen bei der Unterbringung deutlich mehr unterstützen. …….

Während der Pressekonferenz am Mittwoch nehmen sie sich viel Zeit, um auf bisherige Erfahrungswerte einzugehen, Hintergründe zu erklären und Wogen zu glätten. Am eigentlichen Entschluss, die Wölblinstraße zum Jahresende als Unterkunft für Geflüchtete zu nutzen, halten sie derweil fest. „Das ist wirtschaftlich für alle Beteiligten", betont Nostadt.

Der Bürgermeister spricht von einem Gewinn für alle Beteiligten

Denn für Ertüchtigung, Umzugskosten von bis zu 2000 Euro für die bisherigen Mieter und Einrichtung etwa mit Einbauküchen preist die

Wohnbau „mehrere Hunderttausend Euro" ein. Bei einer geplanten Nutzungsdauer als Anschlussunterbringung vereinbarte sie mit der Stadt einen Mietpreis von 11 Euro pro Quadratmeter, was 495 Euro monatlich für im Durchschnitt drei untergebrachten Menschen entspricht.

Angebote privater Eigentümer hätten bei bis zu 24 Euro pro Quadratmeter gelegen, ergänzt Lutz und spricht von einer „Goldgräberstimmung". Geflüchtete in hochwertigen Neubauwohnungen unterzubringen, statt die bereits ansässige Bevölkerung zu bevorzugen, hätte wohl den größeren Skandal ausgelöst. Von dem aktuellen Vorhaben profitierten alle Parteien.

Mieterversammlung auf Eis gelegt

Ursprünglich sei geplant gewesen, die Wohnanlage spätestens im kommenden Jahr abzureißen und neu zu bauen. Auch dann hätten sich die Bewohner mit einem neuen Zuhause anfreunden müssen. Wegen der schlechten Rahmenbedingungen sei das Vorhaben dann zurückgestellt und mit der Umwidmung als Anschlussunterbringung bis 2028 zur Nutzung vorgesehen gewesen.

Solche Aspekte wären wohl auch bei der Mieterversammlung detailliert aufgeführt worden. Doch dazu kommt es erst einmal nicht: Wegen der „aufgeheizten Stimmung", wie Oberbürgermeister Lutz sagt, mache das keinen Sinn – die vertrauensvolle Atmosphäre sei erst einmal dahin. Derweil führt die Wohnbau Nostadt zufolge bereits Einzelgespräche mit den Bewohnern, eine neue Wohnung sei bereits vermittelt.

Versöhnliche Töne

Auf der Pressekonferenz klingt der Tonfall dann auch deutlich milder als noch in dem Schreiben, das die Kündigung ankündigte. Die Mieter sollten in ein Quartier ihrer Wahl kommen können, betont Nostadt. Grundsicherungsbezieher müssten auch nicht mehr als den Höchstsatz zahlen. „Wir gehen davon aus, dass das Instrument der Kündigung nicht bemüht werden muss", unterstreicht auch Lutz. Wer vehement nicht gehen wolle, solle auch nicht gekündigt werden.

Der Fall zeige jedoch einmal mehr, dass der Bund bei preisgebundenem Wohnraum deutlich mehr machen müsste, sagt der Oberbürgermeister. In der Region herrsche ein hoher Nachfragedruck, langwierige Planungsverfahren im Baurecht erschwerten schnelle Handlungen. „Wir stehen wirklich unter Strom", räumt Lutz ein.

„Wir können Integration"

Gleichwohl sei es Gebot und Verpflichtung, weiterhin geflüchtete Menschen aufzunehmen, Lörrach als Partnerstadt der ukrainischen Stadt Wyschhorod nahe Kiew fühle hier auch eine innere Verpflichtung. Seit 2014 habe das auch bei mehr als 1200 Menschen geklappt. „Wir können Integration", vergewissert Lutz der Presse und sich selbst.

https://journalistenwatch.com/2023/02/21/unfassbar-5-millionen-euro-taxi-kosten-fuer-fluechtlinge-allein-in-niedersachsen/ 21.2.2023

Unfassbar: 5 Millionen Euro Taxi-Kosten für Flüchtlinge allein in Niedersachsen

Sie fluten zu Hunderttausenden in dieses Land und werden vom Steuerzahler rundumversorgt. Während Einheimische sich mittlerweile Essen aus dem Müll klauben, gibt allein die Landesregierung von Niedersachsen 5 Millionen Euro Steuergeld dafür aus, dass „Flüchtlinge" mit dem Taxi zum Arzt, zum Amt oder zur Unterkunft kutschiert werden. Unsere Alten und Gebrechlichen schauen derweil dumm aus der Wäsche.

Auch Niedersachsen unter ihrem Genossen Ministerpräsident Stephan Weil platzt aus allen rot-grünen Nähten. Im vergangenen Jahr fluteten landesweit 22.613 Asylsuchende in das nordwestliche Bundesland. Die meisten der „Herbeigeflüchteten" stammen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei, dem Irak und Kolumbien.

Die mehrheitlich muslimischen jungen Männer wollen aber nicht nur untergebracht und gut versorgt, sondern auch mobil sein, um ihre Termine beim Arzt oder beim Amt wahrnehmen zu können. Auch sollte der

Weg von und in die, vom deutschen Steuerzahler finanzierte Unterkunft komfortabel zurückzulegen sein.

Diesen Wunsch erfüllte die Regierung von Niedersachsen den Merkel-Gästen natürlich gerne und investierte allein für die Beförderung von Personen, die in Erstaufnahme-Einrichtungen untergebracht waren, 5,5 Millionen Euro Steuergeld. Das sind fast 3 Millionen Euro Mehrkosten wie im Jahr 2017. Wie eine Anfrage der AfD an das niedersächsische Innenministerium ergab, entfiel der Großteil dieser Kosten auf Taxi-Fahrten. Komfortabel wurden im vergangenen Jahr die Herrn Flüchtlinge beispielsweise zum Arzt oder zu Behörden mit dem Taxi kutschiert. Auch für die Verlegung in eine andere Unterkunft wurde der Dienst von Taxifahrern in Anspruch genommen. Für die Beförderung per Taxi zahlte das Land der AfD-Anfrage zufolge 4,9 Millionen Euro!

„Die Kosten rund ums Asylwesen explodieren. Busfahrkarten hätten es in den allermeisten Fällen wohl auch getan", so der AfD-Innenpolitiker Stephan Bothe gegenüber der Bild. ……..

Und was in Niedersachsen möglich ist, ist in allen anderen Bundesländern natürlich ebenfalls Usus.

https://www.bz-berlin.de/meinung/kolumne/kolumne-mein-aerger/der-volksentscheid-zum-klima-fuehrt-direkt-in-das-totale-autoverbot
21.2.2023

Gunnar Schupelius – Mein Ärger: Der Volksentscheid zum Klima führt direkt in das totale Autoverbot

Der Volksentscheid am 26. März verlangt die Verminderung der gesamten Kohlendioxidemissionen um 95 Prozent in sechseinhalb Jahren. Das ist vollkommen unmöglich. Wer noch bei Verstand ist, der stimmt mit „Nein", meint Gunnar Schupelius.

Am 26. März können alle Wahlberechtigten in Berlin ihre Stimme abgeben. Es sind dieses Mal keine Wahlen angesetzt, dafür aber der „Volksentscheid Berlin 2030 klimaneutral".

Zur Abstimmung steht die Verminderung der CO2-Emissionen. Dabei wird ganz konkret über ein Gesetz abgestimmt. Wenn der Volksentscheid erfolgreich ist, tritt dieses Gesetz sofort in Kraft, ohne Umweg über das Abgeordnetenhaus.

Der Volksentscheid ist erfolgreich, wenn mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen und die Mehrheit der Abstimmenden das „Ja" ankreuzt.

Zur Abstimmung steht eine Neufassung des Berliner „Klimaschutz- und Energiewendegesetzes". Dieses Gesetz wurde von der rot-rot-grünen Koalition am 27. August 2021 verabschiedet. Dort sind „Klimaschutzziele" benannt.

In der Neufassung, die jetzt zur Abstimmung steht, werden daraus „Klimaschutzverpflichtungen". Die sehen so aus (§ 3, Abs.1): „Im Land Berlin ist die Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2025 um mindestens 70 Prozent und bis zum Jahr 2030 um mindestens 95 Prozent im Vergleich zu der Gesamtsumme der Kohlendioxidemissionen des Jahres 1990 zu verringern."

Diese Verpflichtungen sind einklagbar. Die einschlägigen Vereine, von der Deutschen Umwelthilfe bis Greenpeace könnten vor Gericht ziehen, wenn der Senat die Verpflichtungen nicht einhält, die ihm der Volksentscheid auferlegt.

Was würde das bedeuten? Ganz einfach: Es würde ein totales Autoverbot geben, eingeklagt vor Gericht. Denn der motorisierte Individualverkehr ist zu 98 Prozent mit Verbrennungsmotoren ausgerüstet, die Kohlendioxid produzieren und diese Emissionen nicht zu 95 Prozent reduzieren können.

Es ist vollkommen unmöglich, in sechseinhalb Jahren „klimaneutral" zu werden. Dafür müsste man auf sämtliche Verbrennungsprozesse verzichten. Auf ihnen ist alles aufgebaut: Wärme, Licht, Gesundheit, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, alles.

Hinter dem Volksentscheid steckt das „Bündnis Klimaneustart Berlin", ein Zusammenschluss radikaler und rücksichtsloser Gruppen, wie „Fridays for Future", „Gas Exit", ADFC, „Grüne Jugend").

Sie streuen den Menschen Sand in die Augen, wenn sie die Wahrheit nicht benennen. Sie sind Bauernfänger, die hoffen, dass die Mehrheit nicht durchschaut, worüber hier eigentlich abgestimmt wird.

Der Volksentscheid ist sinnlos, weil er das Unmögliche fordert und er ist vollkommen wahnsinnig, weil das Unmögliche Gesetz werden soll. Wer noch bei Verstand ist in dieser Stadt, der stimmt mit „Nein".

https://exxpress.at/naechste-stufe-der-radikalisierung-gegen-pkw-besitzer-nazis-waren-grosse-autofans/ 23.2.2023

Nächste Stufe der Radikalisierung gegen Pkw-Besitzer: "Nazis waren große Autofans"

In Wien lässt sich jetzt bereits die nächste Stufe der Radikalisierung der extremen Auto-Hasser dokumentieren: Ein Grüner setzte auf Twitter alle Pkw-Besitzer mit den Nationalsozialisten gleich – die wären ja auch Auto-Fans gewesen.

"Die drehen ja total durch: Alle Autofahrer so pauschal als Nazis zu diffamieren, ist doch ungeheuerlich", schickte ein Twitter-User dem eXXpress den Screenshot vom Posting des Boku-Delegierten und Vertreter der Grünen Wirtschaft. Tatsächlich schreibt darin Andreas Gold als @gandi80: "Wissen die wenigsten: Die Nazis waren große Autofans. Mit dementsprechendem autoritären und menschenverachtendem Gedankengut."……

Interessant auch: Ein weiterer Mitarbeiter der Universität für Bodenkultur schrieb kürzlich auf Twitter, dass Richter von Prozessen gegen die Klima-Terroristen der Letzten Generation abgezogen werden sollen, wenn sie "befangen" wären, also nicht dieser Ideologie folgen. Ebenso sei es "besonders tragisch, wenn Klimakrisen-Leugner in Politik und Medien tätig sind". Dieses Vokabular erinnert eindeutig an die monatelange

Beschimpfung der Maßnahmen-Kritiker in der Covid-Pandemie als "Corona-Leugner". …..